Nummer 13 Mittwoch, 16. Januar 1918 142. Jahrgang

Darmstädter Zeitung

Die Darmstädter Zeitung erscheint täglich (außer Sonn- und Feiertags) und kostet in Darmstadt viertelj. an der Geschäftsstelle abgeholt M. 3—; mit Bringerlohn M. 3.80; bei den Postanstalten vierteljährlich M. 3.50, monatlich M. 1.17, ohne Bestellgebühr. Verantwortung für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen wird nicht übernommen. – Bankkonto: Bank für Handel und Industrie. Schriftleitung: Wilhelminenstr. 3, Erdgeschoß. Fernspr. 2596

Oberleitung: Hofrat Dr. Klaus Buschmann

Anzeigen-Preis: Der Raum der 6gespaltenen Kleindruckzeile 25 Pfg., der 3gespaltenen Kleindruckzeile 60 Pfg., für Anzeigen hiesiger Geschäfte 15 Pfg. für die 6gespaltene, 35 Pfg. für die 3gespaltene Kleindruckzeile. Familien-Anzeigen erhalten Preisermäßigung. Bei Konkurs oder gerichtlicher Beitreibung fällt jede Ermäßigung weg. – Geschäftsstelle (Annahme für Anzeigen): Rheinstraße 15. Geschäftsstunden 8—1 u. 2—6 Uhr. Fernspr. 80

Verlag: Großherzoglicher Staatsverlag

Zeitungsschluß vormittags 11 Uhr. – Der Nachdruck und die Weiterverbreitung unserer Aufsätze und Eigenmeldungen sind nur mit deutlicher Quellenangabe »Darmst. Ztg.« gestattet

Große U-Booterfolge

**Von den Kriegsschauplätzen – Ein Truppentransportdampfer, ein Zerstörer und ein Transportdampfer versenkt
Die Verhandlungen in Brest-Litowsk – Aus dem preußischen Landtag – Die Kriegsziele der Entente – Russisches**

Die gestrigen deutschen Tagesberichte

W.B. Großes Hauptquartier, 15. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarische Stellung am Monte Asolone und am Monte Pertico führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Tagsüber in den Angriffsabschnitten anhaltende Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten über die Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

W.B. Berlin, 15. Jan., abends. (Amtlich.) Zwischen Brenta und Piave vielfach heftiger Feuerkampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreich.-ungarische Tagesbericht

W.B. Wien, 15. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Zwischen der Brenta und dem Monte Pertico ging der Italiener nach starker, zeitweise zum Trommelfeuer gesteigerter Artillerievorbereitung zum Infanterieangriff über. Nach sehr heftigen Nahkämpfen gelang es dem Feind, an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsraum sind die vordersten Angriffslinien voll in unserem Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Bressanin von uns zum Stehen gebracht. Der Chef des Generalstabes.

Der türkische Tagesbericht

W.B. Konstantinopel, 14. Jan. Amtlicher Tagesbericht: Keine besonderen Ereignisse.

Der bulgarische Tagesbericht

W.B. Sofia, 14. Jan. Generalstabsbericht: Mazedonische Front: Im oberen Skumbitale zerstreuten wir durch Feuer eine starke feindliche Erkundungsabteilung; zu beiden Seiten des Ochridasees, in der Gegend der Moglena und südwestlich von Doiran Artillerietätigkeit. Etwas lebhafter war sie zwischen Wardar und Doiransee. Unsere Posten vertrieben eine englische Infanterieabteilung, die sich unseren Schützengräben zu nähern versuchte. In der Gegend von Bitolia und längs des Wardar und der Struma lebhafte Artillerietätigkeit. Dobrudschafront: Waffenstillstand.

24000 Tonnen versenkt

W.B. Berlin, 15. Januar. (Amtlich.) Neue Erfolge im Mittelmeer: Ein englischer Zerstörer und 24000 Bruttoregistertonnen Handelsschiffsraum. Am 30. Dezember hat eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant z. S. Obermüller, vor Alexandrien einen großen bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootzerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Truppentransportdampfer versenkt und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Sicherung, „H. 08“, durch Torpedotreffer versenkt. Der Transport hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord. Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bezw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen, sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

W.B. Berlin, 15. Jan. Die Versenkung eines Truppentransportdampfers hat deshalb besonderen Wert, weil für die Beförderung von Truppen nur große und schnelle Dampfer mit besonderen Einrichtungen benutzt zu werden pflegen. Vom Untergang des Zerstörers „H. 08“ wußten wir bereits aus englischen Meldungen. Danach sollte die ganze Besatzung bis auf zehn Mann gerettet worden sein. Nun erfahren wir den wahren Hergang. Interessant ist übrigens auch in diesem Zusammenhang die englische Nachricht, daß die britische Admiralität wegen der zunehmenden U-Bootgefahr einen Teil ihrer Transporte nach Mesopotamien und Palästina nicht mehr durch das Mittelmeer sendet, sondern westwärts durch den Atlantischen, Stillen und Indischen Ozean.

Die Besprechungen in Brest-Litowsk

W.B. Brest-Litowsk, 15. Jan. Heute fanden wieder Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarischen-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig noch starken Abweichung in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine wesentliche Annäherung festgestellt werden.

W.B. Berlin, 15. Jan. In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages erklärte der Unterstaatssekretär von dem Busche: „Ich kann namens des Reichskanzlers erklären, daß in den Instruktionen, die der Staatssekretär v. Kühlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk erhielt, keinerlei Aenderung eintrat.“ Hiermit dürfte allen im Publikum und in der Presse umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen sein.

c. Berlin, 16. Jan. Einem Telegramm des „Lok.-Anz.“ aus München zufolge geht der frühere bayerische Ministerpräsident v. Podewils, instruiert vom Reichskanzler, zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk. Graf v. Podewils war im bayerischen Ministerpräsidium im Jahre 1911 vom Grafen v. Hertling abgelöst worden.

Berliner Blätterstimmen

c. Berlin, 16. Jan. Nach dem Ausgang der letzttägigen Besprechungen, zu denen Hindenburg und Ludendorff hierher gekommen waren, erklärt die „Germania“, überrascht zu sein. In der Politik, sagt sie, ist nichts bedenklicher als das Schwanken und Graf Hertling ist nichts weniger als ein schwankendes Rohr. Der Reichskanzler weiß, was er will und was er für das Vaterland erstreitet. Er hat sich seine Meinung nicht erst von gestern auf heute gebildet und wird sie auch nicht von heute auf morgen wieder aufgeben, wenn nicht ganz neue Stiuationen ihn dazu zwingen. Die Frage der Grenzsicherungen aus strategischen Gründen ist nicht erst in den letzten Wochen geboren. Es ist nur eine Selbstverständlichkeit, wenn wir heute bestätigt sehen, daß unsere Reichsleitung ebensowenig wie die Krone daran denken kann, Deutschlands Kriegszielkurs durch Unbeständigkeit zu erschüttern. Der Grund der Aufregung lag in Hoffnungen und Wünschen, die gewisse politische Kreise hegten und für die sie die Zeit für gekommen hielten. Das „Berliner Tageblatt“ spielt darauf an, daß gewisse Kräfte mit ihrem mißglückten Sturm gegen Herrn v. Kühlmann eine allgemeine Krise herbeizuführen versuchten, um einem bestimmten Kandidaten die Wege zur Kanzlerschaft zu ebnen. — Die „Berliner Morgenpost“ sagt: Ohne jede Schönfärberei darf behauptet werden, daß in allen Fragen zwischen der politischen und der militärischen Leitung Einigkeit herrscht. Man kann nur hoffen, daß nach der allgemein begrüßten Entspannung der innere Friede so bald nicht wieder gestört werden wird. — Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, nimmt man in Abgeordnetenkreisen an, daß der Kanzler Freitag im Hauptausschuß des Reichstags seine angekündigte Rede halten wird.

Graf Hertling im Preußischen Herrenhaus

= Berlin, 15. Jan. Lange vor Beginn der heutigen Herrenhaussitzung waren die Tribünen für Publikum und Presse bis auf den letzten Platz gefüllt. Die großen Erwartungen, die man an die Rede des preußischen Ministerpräsidenten knüpfte, sollten sich jedoch nicht rechtfertigen. Als der Präsident um 2¾ Uhr die Sitzung eröffnete, war der Saal selbst nur ¾ voll von Mitgliedern. Die Minister nahmen neben dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling Platz, u. a. Dr. Friedberg, Dr. Drews, Sydow und Hergt. Der Präsident v. Arnim-Boitzenburg begrüßte das Haus mit einer kurzen Rede und brachte die Wünsche für das laufende Jahr zum Ausdruck. Alsdann erteilte er dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling das Wort. Die Rede Hertlings ist sehr kurz und beschränkt sich auf eine Darstellung der Notwendigkeit der Einführung eines Wohnungsgesetzes. Graf Hertling schilderte das entsetzliche Elend, das größtenteils in den Arbeiterwohnungen an der Peripherie der Großstädte herrsche. Er legte dem Hause ans Herz, im Hinblick auf diese Uebelstände in die Vorschläge der Kommission einzuwilligen, damit es möglich sei, den heimkehrenden Kriegern menschenwürdige Wohnungen sofort nach Beendigung des Krieges zu schaffen. Im Laufe der Debatte bezeichnete Handelsminister Dr. Sydow es als dringend erforderlich, daß das Gesetz zustande komme. Es sei der erste Schritt zur Förderung der Wohnungsfrage. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Wermuth (Berlin) wurde das Gesetz im ganzen angenommen. Ebenso wurde das Gesetz auf Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteinehmer unverändert angenommen. — Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus

= Berlin, 15. Jan. Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 12.20 Uhr. Auf der Tagesordnung stand der Antrag des Abgeordneten Aronsohn und Genossen (Vpt.) auf Zulassung der Frauen zur städtischen Verwaltungsdeputation und Stiftungsvorständen. Abg. Gräfe (Kons.) berichtete über die Verhandlungen der Kommissionen und erklärte, daß ein Teil seiner Freunde für den Antrag stimmen werde. In einer Entschließung wurde die Kommission aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Bestimmungen der Städteordnung Preußens dahin abgeändert werden, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen und Stiftungsvorständen der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit beschließender Stimme bestellt werden. Nach einer längeren Aussprache, in der mehrere Redner für den Antrag der Kommissionen eintraten, und auch der Vertreter des Ministeriums des Innern dem Antrag der Kommission im Prinzip zustimmte, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Schluß 5¼ Uhr.

W.B. Berlin, 15. Jan. Der Aeltesten-Ausschuß des Abgeordnetenhauses, der am Dienstag nach der Vollsitzung zusammentrat, beschloß, am Donnerstag und Freitag keine Plenarsitzungen abzuhalten, damit der Verfassungsausschuß seine Arbeiten fördern könne. Am Samstag, den 19. Jan., wird die erste Lesung des Etats beginnen, daran anschließend soll alles das zur Beratung kommen, was noch an gesetzgeberischen Arbeiten vorliegt. Diese Beratungen sollen jedoch nicht über den Donnerstag der kommenden Woche hinausgehen. Von Donnerstag, den 24. Jan., bis zum 23. Febr. wird eine Pause eintreten, um dem Haushalts-Ausschuß und dem Wahlrechtsausschuß Zeit zu den Beratungen zu lassen. Die Arbeiten des Haushalts-Ausschusses sollen in einem Zug hintereinander erledigt werden, damit sofort in die zweite und dritte Lesung des Etats eingetreten und der Etat dem Herrenhaus so rechtzeitig zugestellt werden kann, daß auch das Herrenhaus in der gesetzlichen Frist seine Etatsberatungen zu Ende führen kann.

W.B. Berlin, 16. Jan. Wie dem „Lok.-Anz.“ von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, nimmt man in Abgeordnetenkreisen an, daß der Reichskanzler am Freitag die angekündigte Rede im Hauptausschuß halten wird. Ferner wird dem „Lok.-Anz.“ mitgeteilt, daß zwischen dem Staatssekretär Graf Rödern und den Führern der Reichstagsfraktionen gestern nachmittag eine Besprechung stattgefunden habe. Die politische Debatte im Hauptausschuß werde zunächst vertagt werden.

Zeitungsverbote an der französischen Front

W.B. Paris, 14. Jan. „Oeuvre“ stellt aus Zuschriften von der Front fest, daß fortschrittliche Blätter, wie „Oeuvre“, „Pays“, „Bataille“, ferner auch „Homme enchaine“, bevor er umgetauft wurde, auf vielen Frontabschnitten verboten sind und keine Abonnements auf diese Blätter angenommen werden dürfen, daß dagegen Blätter wie „Journal“, „Matin“, „Petit Parisien“ und „Action francaise“ in Unmengen verbreitet werden. „Oeuvre“ werde als verdächtig aufgeführt, wogegen das Blatt energisch protestiert und gleiches Recht für alle Zeitungen verlangt.

Die Verhaftung Caillaux'

W.B. Bern, 15. Jan. Im französischen Senat hat man die Verhaftung Caillaux' erwartet. Die Regierung habe nach der Ansicht der Senatoren jetzt die ganze Verantwortung zu tragen. Einige Senatoren vertreten die Ansicht, daß sofort eine Interpellation in der Kammer eingebracht werden müsse, um die Regierung aufzufordern, über die Gründe der Verhaftung Caillaux' Erklärungen abzugeben.

Schweizer-Französisches Wirtschaftsabkommen

W.B. Bern, 14. Jan. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Ueber das am 29. Dezember abgeschlossene und vom Bundesrat genehmigte Wirtschaftsabkommen mit Frankreich macht das Volkswirtschaftsdepartement

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT
http://tudigit.ulb.tu-darmstadt.de/show/Za-90-1918/0053
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt